

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Agrarpolitik

Klaus Klinckhamer zu TOP 20:

Aufhebung der Landesverordnung zur Bestimmung des Werteverhältnisses für Dauergründland richtig und notwendig

Die Landesregierung hat die Landesverordnung zur Bestimmung des Werteverhältnisses für Dauergrünland aufgehoben und damit eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag umgesetzt. Dieser Schritt war richtig und notwendig.

Mit der EU-Agrarreform erhalten Grünlandflächen erstmalig eine Prämie, die durch Kürzungen bei den Ackerflächen aufgebracht werden. Niemand denkt daran, diese Prämie wieder rückgängig zu machen. Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, dass Ackerbauern für die Grünlandprämie aufkommen. Wir gehen davon aus, dass das jetzige Prämiensystem wie vorgesehen bis 2013 durchhält und verlässlich ist.

Bis zum Jahr 2013 werden Grünlandbetriebe den Ackerbaubetrieben gleichgestellt. Dies hat zur Folge, dass die Ackerbaubetriebe rund 100 Euro je Hektar abgeben müssen und damit ohnehin die Verlierer sind.

Zusätzliche Kürzungen, wie in der nun aufgehobenen Landesverordnung vorgesehen, sind daher nicht hinnehmbar.

Die gleitende Anpassung und spätere Gleichstellung der Prämien ist von der Europäischen Union beschlossen. Daran können wir nichts ändern, aber wir können landespolitische Fehlentwicklungen rückgängig machen. Und genau dies haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart.

Die Landesregierung wird die Grünlandbetriebe nicht im Regen stehen lassen. Derzeit wird geprüft, welche Möglichkeiten nach 2006 bestehen, um diese Betriebe zu stützen, ohne die Ackerbaubetriebe zusätzlich zu belasten.

Es hat sich inzwischen auch bei Nicht-Landwirten herumgesprochen, dass der Preisverfall bei Getreide kaum noch ausreicht, die Betriebe über Wasser zu halten.

Weiter einkommensenkende Maßnahmen sind daher nicht vertretbar. Deshalb haben wir uns mit Nachdruck gegen die Landesverordnung des früheren Ministers Müller gewandt.

Auch Grünlandbetriebe sind wegen des Milchpreisverfalls nicht auf Rosen gebettet. Es ist jedoch nicht legitim, diese beiden Betriebsarten mit politischen Mitteln gegeneinander auszuspielen. Hier geht es auch um die Verlässlichkeit der Politik. Die Betriebsleiter verstehen Prämien als Einkommen, das in die Betriebsplanung einbezogen wird. Für die Betriebe ist Vertrauensschutz daher außerordentlich wichtig. Ohne verlässliche Plandaten ist eine zukunftsgerichtete Planung auf den Höfen nicht möglich.

Ich möchte nur am Rande bemerken, dass einige wenige Grünlandbetriebe unter Einbeziehung aller Prämien bis zu 900 Euro je Hektar erhalten. Dies sind nur Einzelfälle, zeigt aber deutlich, dass die derzeitige Grünlandprämie allein nicht aussagekräftig ist.

Wir sind für die Landwirtschaft verlässlicher Partner. Und das bleiben wir auch. Deshalb werden wir das gegenseitige Ausspielen der Betriebe nicht zulassen.

Wir halten uns an die Vorgaben der Europäischen Union, und wir werden nicht drauf satteln. Deshalb lehnen wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.